

Resolution zur deutschen Tourismuspolitik

Arbeitskreis Tourismus der
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Bild: TStudio - stock.adobe.com



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Inhalt

Treffen der tourismuspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen 2023	4
Tourismuskollaps durch Corona	6
Der Tourismus steht weiter unter Druck	8
Wir wollen einen Tourismus der Eigenverantwortung	10
Wir setzen uns für einen möglichst starken Inlandstourismus ein	11
Wir stehen an der Seite der Tourismuswirtschaft und der Reisenden	12
Unsere Anträge	15

Treffen der tourismuspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen 2023



Liebe Leser,

im Rahmen der Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion haben wir 2023 als Tourismuspolitiker das fachpolitische Treffen der AfD-Fraktionen aus Bund und Ländern zur deutschen Tourismuspolitik organisiert.

Gerade im Bereich der Tourismuspolitik, in der die Länder weitgehende Zuständigkeiten besitzen, ist eine enge Verzahnung der Fraktionsarbeit zwischen Bundes- und Länderebene besonders wichtig.

Im Bundestag will die AfD-Fraktion mit der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen der Tourismuswirtschaft bereits seit Jahren Rückenwind geben (BT-Drs. 19/10169). Aktuell muss insbesondere die Ertragskraft des angeschlagenen Gastgewerbes nach der Corona-Krise dringend gestärkt werden, um die Überlebensfähigkeit vieler Betriebe zu sichern. Gleichzeitig fordert die AfD-Bundestagsfraktion, im Tourismus endlich digital durchzustarten und Deutschland für modernes Reisen fit zu machen (BT-Drs. 20/3704). Daneben kämpft unsere Bundestagsfraktion dafür, dass auch der Kundenschutz auf dem Weg in den Urlaub nicht zu kurz kommt (BT-Drs. 20/5224).

Zusammen mit den tourismuspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen haben wir uns in der Resolution zur deutschen Tourismuspolitik auf ein Maßnahmenpaket verständigt, um die Erholung der Tourismuswirtschaft nach der Corona-Krise wirkungsvoll zu unterstützen.



Sebastian Münzenmaier MdB

Tourismuspolitischer Sprecher
und Stellvertretender Vorsitzender
der AfD-Bundestagsfraktion



Mike Moncsek MdB

Obmann der
AfD-Bundestagsfraktion
im Ausschuss für Tourismus

Tourismuskollaps durch Corona

2020 endete für die deutsche Tourismusbranche eine Dekade, in der ein Rekordjahr das nächste ablöste. Mit der verfehlten Corona-Politik stürzte der Deutschlandtourismus ohne Vorwarnung in eine Krise von historischen Ausmaßen. Übernachtungsverbote im Beherbergungsgewerbe, Betriebsschließungen in der Gastronomie und in der Freizeitwirtschaft führten zu dramatischen Umsatzeinbrüchen im Deutschlandtourismus. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts und Berechnungen des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands betrug der nominale Umsatzverlust im Gastgewerbe von März 2020 bis März 2022 gigantische 74,9 Milliarden Euro.

“

**Umsatzverlust
Gastgewerbe
gigantischen
Milliarden Euro**

S

t im
von
74,9
ro.



Bild: dusanpetkovic1 - stock.adobe.com

Der Tourismus steht weiter unter Druck

In der öffentlichen Debatte wird der Tourismus immer stärker moralisch infrage gestellt. So titelt die Welt am Sonntag, der Kreuzfahrttourismus werde zum »Schmuddel-Urlaub«. Laut Süddeutscher Zeitung ist eine Flugreise das »größte ökologische Verbrechen«. »Flugscham« ist zur neuen Modevokabel geworden. Auch der Skitourismus wird wegen seines ökologischen Fußabdrucks als Umweltsünde angeprangert. Das Ziel all dieser Anwürfe ist klar: Das schlechte Gewissen soll immer mitreisen.

Daneben sorgt zunehmende Regulierung für immer stärkeren Druck auf den Tourismus. Insbesondere klimapolitisch motivierte Einschränkungen im Personenverkehr führen perspektivisch zu wachsenden Problemen, das Reiseziel überhaupt zu erreichen. So sollen aufgrund der verschärften Klimaziele der EU Massenverkehrsmittel unter 500 Kilometern bis 2030 kein CO₂ mehr ausstoßen. Dies trifft vor allem die Kurzstreckenflüge.

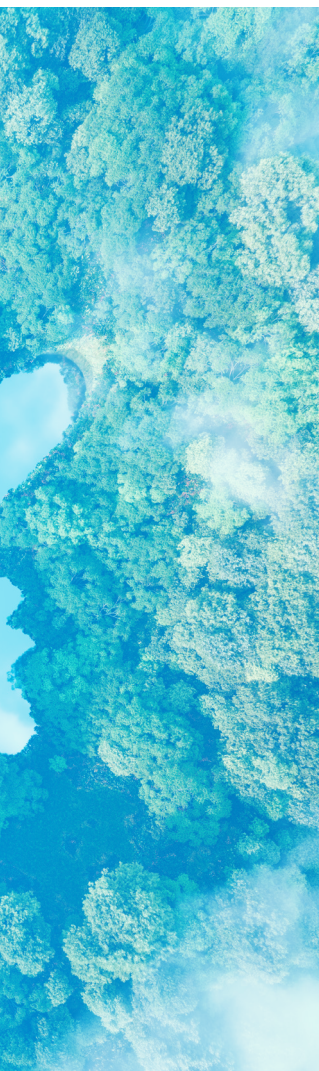


Bild: malp - stock.adobe.com

Wer stattdessen auf das Auto umsteigen will, der sieht sich ab 2035 mit dem Aus von Benzin- und Dieselmotoren konfrontiert. Elektroautos mit hoher Reichweite sind aber sehr teuer. Kleinere und günstigere Elektroautos müssen dafür häufiger geladen werden und verlängern so die An- und Abreisezeit erheblich. Dies macht die Zeit am Urlaubsort kürzer. Damit scheidet das Auto künftig als Transportmittel für die Urlaubsreise für viele aus.

Aber auch der Zug ist für europäisches Reisen bislang keine echte Alternative. Laut Europäischem Rechnungshof ist das europäische Bahnnetz aktuell kaum mehr als ein ineffektives Flickwerk. Auf Europas Schienen passt wenig zusammen. Für eine Reise durch 26 Staaten

– über 33 Grenzen hinweg – benötigte 2021 das Projekt »Europa Express« wegen unterschiedlicher Spurweiten 55 Triebwagen. Bis heute können Passagiere auf keiner Webseite alle Fahrzeiten und Ticketoptionen für eine Zugreise durch Europa finden. Zudem gibt es kaum Nachtzüge, mit denen sich Flüge ersetzen lassen. Der Klimaschutz mit der Brechstange sorgt also dafür, dass das Reisen maximal umständlich, teuer und unattraktiv wird.



“

**»Flugscham«
ist zur neuen
Modevokabel
geworden.**

Wir wollen einen Tourismus der Eigenverantwortung

Das Menschenbild der AfD-Fraktionen ist von Freiheit, Eigenverantwortung und Gemeinsinn geprägt. Diese Grundsätze formen auch unser Verständnis des Reisens. Der Ruf nach Reisefreiheit war eine wesentliche Triebfeder, die zur Wiedervereinigung unseres Landes beigetragen hat. Aktuell gerät die Ausübung dieser Freiheit unter den Generalverdacht einer Versündigung gegen den Klimaschutz. Reisen droht ins moralische Abseits verbannt zu werden.

Wir weisen staatliche Bevormundung beim Reisen zurück. Stattdessen setzen wir uns für einen eigenverantwortlichen Tourismus ein. Eigenverantwortung betont die bedachte Entscheidung jedes und jeder Einzelnen und lehnt Zwang und Verbot ab.

“

**Wir weisen staatliche
Bevormundung beim
Reisen zurück.**



Wir setzen uns für einen möglichst starken Inlandstourismus ein

Dass seit einigen Jahren der Inlandstourismus Zuwächse erfährt, finden wir gut. Mit Blick auf die Interessen des heimischen Gastgewerbes und der Tourismusindustrie insgesamt sollte dieser Trend politisch nach Kräften unterstützt werden, zumal er regionale Wertschöpfungsketten stärkt und Identität stiftet.



Wir stehen an der Seite der Tourismuswirtschaft und der Reisenden

Deutschlands Gastgewerbe hat 2022 das dritte Verlustjahr in Folge erlitten. Wir treten dafür ein, die deutsche Tourismuswirtschaft bei ihrer Erholung nach der Corona-Krise wirkungsvoll zu unterstützen. Dazu gehören nicht nur eine spürbare Erhöhung der Ertragskraft, sondern auch die Befreiung von unnötigen Beschränkungen, zeitfressenden Belastungen und gesetzlichen Behinderungen des freien Unternehmergeistes.

Gleichzeitig wollen wir auch dort, wo es geboten ist, den Kundenschutz für Reisende stärken und Umweltbelastungen beseitigen, die zum Beispiel durch veraltete europäische Regulierungen des Luftverkehrs entstehen.

Daher wollen wir

- die Umsatzsteuer auf Speisen und Getränke in Gaststätten und Beherbergungsbetrieben sowie Kneipen, Bars und Clubs dauerhaft auf 7 Prozent senken;
- die Abschaffung der Hotelmeldepflicht bis zu einer Übernachtungsdauer von 7 Tagen;
- zusätzliche Belastungen für das Gastgewerbe vermeiden und bestehende Belastungen abbauen, indem



- ▶ eine Öko-Quote bei der Gemeinschaftsverpflegung verhindert wird;
- ▶ die Dokumentation von Hygienevorschriften digital ermöglicht wird;
- ▶ Dokumentationspflichten daraufhin überprüft werden, inwieweit eine Befreiung kleinerer Unternehmen sinnvoll und geboten ist;
- ▶ auf die Einführung einer umfassenden Herkunftskennzeichnung für Fleisch auf Speisekarten in Restaurants und Kantinen verzichtet wird;
- ▶ die Saisongerichte von der Allergenkennzeichnungspflicht ausgenommen werden;
- ▶ im Fall unvermeidlicher neuer Regulierungen an anderer Stelle eine oder sogar zwei entbehrliche Regulierungen abgebaut werden;
- ▶ Verfahrensvereinfachungen durch den Wechsel vom Genehmigungs- zum Anzeigeverfahren vollzogen werden;
- ▶ europäisches Recht ohne verschärfende nationale Regelungen in Deutschland umgesetzt wird;

- im Tourismus digital durchstarten und Deutschland für modernes Reisen fit machen (BT-Drs. 20/3704), indem
 - ▶ die Internetverfügbarkeit im öffentlichen Raum – insbesondere in touristischen Regionen – entschlossen vorangetrieben wird;
 - ▶ die Instrumente der Tourismusförderung umgebaut werden, um die Digitalisierung in der Tourismuswirtschaft effektiv zu unterstützen;
 - ▶ die digitale Kompetenz besonders in kleinen und mittelständischen Betrieben der Tourismuswirtschaft gesteigert wird;
- den Gästezustrom ausländischer Urlauber nach Deutschland bewahren, indem Reiseveranstalter außerhalb der EU nicht durch eine Drittland-Besteuerung veranlasst werden, Deutschland aus dem Programm ihrer Reiseangebote zu nehmen;
- die Vergabe von Start- und Landerechten reformieren und damit unnötige und umweltschädliche Geisterflüge mit (fast) leeren Flugzeugen verhindern, die nur starten, damit die Fluggesellschaften keine Start- und Landerechte verlieren (BT-Drs. 20/3702);
- die Flughafenentgelte wettbewerbsfähig gestalten, von unnötigen Gebühren entlasten und die Anzahl von operierenden Fluggesellschaften und angeflogenen Destinationen erhöhen;
- den Ausbau von Flughafenkapazitäten nicht aus ideologischen Gründen behindern und Flughäfen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge finanziell auf eine solide Grundlage stellen.

Diese Resolution wurde auf dem Interfraktionellen Treffen der Tourismuspolitiker der AfD-Fraktionen aus Bund und Ländern am 21.04.2023 beschlossen.



Unser Antrag

Vergabe der Start- und Landrechte an deutschen Flughäfen reformieren und unnötige Flüge vermeiden

Drucksache 20/3702

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/037/2003702.pdf>



Unser Antrag

Im Tourismus digital durchstarten – Deutschland für modernes Reisen fit machen

Drucksache 20/3704

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/037/2003704.pdf>



Unser Antrag

Kundenschutz bei Flugausfällen stärken – Vorkasse durch Wahlrecht ergänzen

Drucksache 20/5224

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005224.pdf>



Unser Antrag

Nationale Tourismusstrategie für mehr Wirtschaftswachstum und sichere Arbeitsplätze

Drucksache 19/10169

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910169.pdf>



FOLGEN SIE UNS



[AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)



fb.com/AfDimBundestag



[@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)



youtube.com/AfDFraktionimBundestag



instagram.com/afdimbundestag/



tiktok.com/@afdfraktionimbundestag



gettr.com/user/afdbundestag



Rundbrief-Abonnement: t1p.de/ycsg



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag,
vertreten durch den Fraktionsvorstand.

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Juni 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.